

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Bezugsstellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. zuzüglich Abgabegeld. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abonnementpreis: 24 RM. im Jahr. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abonnementpreis: 24 RM. im Jahr.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 147. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff. Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 27. Juni 1927

In die Versenkung!

Reichsrat und Mieterschutz.

Zu den Beschlüssen des Reichsrats, das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz bis 1. Juli 1929 zu verlängern, wird geschrieben: Unsere ganze Wohnungsgesetzgebung nach dem Kriege ist eine einzige große Tragödie. Sie wäre noch schwerer zu ertragen, wenn diese Tragödie nicht ab und zu unterbrochen würde durch einige Grotesken, wobei allerdings die Betroffenen des Groteske weniger empfinden als die erschütternde Unberechenbarkeit. Es gibt keine Behörde im lieben Deutschen Reich, die sich so unbeliebt gemacht hat wie die Wohnungsämter. Man wirft ihnen Selbstherrlichkeit vor und eine ganze Reihe von Skandalen haben dafür gefordert, daß ihr Auf nicht sein ist, wie Paulus von den Aretären schreibt. Und es wird nicht gerade dazu beitragen, ihre Bestehenheit zu erhöhen, wenn man jetzt mit erlauteten Augen lesen muß, daß die Stadt Berlin ihr Zentralwohnungsamt und ihre Wohnungsämter während des Monats Juli für den Publikumsverkehr schließt, weil sie angeblich nicht in der Lage seien, während der diesjährigen Urlaubsperiode den Dienstbetrieb im vollen Umfange aufrechtzuerhalten. Schuld daran sei die starke Verminderung des Personalbestandes. Man will nur besonders dringende Angelegenheiten, z. B. Ermittlungen, in dieser Zeit auch mündlich erledigen.

Es wären erfreuliche Ausnahmen, wenn auch andersorts diesem Vorgehen der Stadt Berlin Folge geleistet würde. Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, daß für die Wohnungsämter die allerwichtigste Angelegenheit der Dinaudwurf von Mietern ist, die mit ihrem Zins in Rückstand geblieben sind. Und wenn die Welt einfällt, wenn Katastrophen geschehen, wenn ein Wirbelsturm vielleicht Straßen niederlegt — die Wohnungsämter bleiben geschlossen. Und wenn diese Behörde erklärt, für die Urlaubszeit den Betrieb zu schließen, so können ja auch andere Behörden und Einrichtungen diesem Beispiele folgen! Der unbeschreibliche Zeitgenosse ist allerdings der geradezu unmaßlichen Ansicht, daß die Wohnungsämter für den Bürger da sind und nicht umgekehrt.

Nichts hat soviel Verbitterung und Verärgerung hervorgerufen wie die Tätigkeit der Wohnungsämter. Gewiß ist ihnen allein nicht alle Schuld zuzuschreiben, sondern unsere ganze Wohnungswirtschaft trägt letzten Endes die Verantwortung dafür; aber daß nun diese Dinge noch erschwert werden dadurch, daß eine ganze Zeit lang der Apparat einfach nicht funktioniert, wird zur Erhöhung der Verleibtheit dieser Ämter nicht gerade beitragen. Der unbeschreibliche Zeitgenosse glaubt auch, es sei wohl zweckmäßiger, für die Bureauarbeit in der Urlaubszeit vielleicht Abgebauete heranzuziehen, wenn wirklich Not am Mann in den Wohnungsämtern ist. Oder sollte dort die Arbeit an so viel können und so viel Vorkenntnisse geknüpft sein, daß ein fröhlicher Beamter sie nicht auch leisten kann?

Das schlimmste ist, daß die Dinge in absehbarer Zeit kaum anders werden. Das Mieterschutzgesetz ist ja soeben im Reichsrat bis zum 1. Juli 1929 verlängert worden, ebenso wie das Reichsmietengesetz. Hierbei hat sich eine bezeichnende Szene abgespielt, da der Antrag der Reichsregierung, die gerichtliche Erzwingung einer Räumung zu erleichtern, durch den Reichsrat abgelehnt wurde. Das sind alles Notbeschlüsse, die von außen her an der Krankheit herandoktern, dem Ubel aber nicht in seinem Ursprung zu Leide gehen. Hat es doch — auch wieder in Berlin — so außerordentlich böses Blut gemacht, daß die bekannten Wohnungsbaupläne eines amerikanischen Syndikats abgelehnt worden sind, dafür aber, vorläufig wenigstens, auch nicht der geringste Ersatz etwa durch Annahme eines Angebots von anderer Seite her geschaffen wurde. Außerdem spürt ja der Mieter an jedem Monatsersten bei der Zahlung der Hauszinssteuer immer von neuem das Unrecht an dieser Dinge, die von der Wohnungswirtschaft hervorgerufen worden sind. Er muß Steuern zahlen, mit Hilfe derer die Wohnungsnot gemildert werden soll, er liest in seiner Zeitung nicht gerade selten von wunderschönen Versprechungen, daß alles nun bald besser werden soll, — aber er sieht nichts davon. Man weiß nicht, was für den Staatsbürger peinlicher und unangenehmer ist: ob mit der Finanzbehörde zu verkehren oder mit dem Wohnungsamt. Es würde ein Aufatmen durch ganz Deutschland geben, wenn die Wohnungsämter nicht bloß auf einen Monatsfristlichen wie in Berlin, sondern nach Möglichkeit ganz in der Versenkung verschwänden. Darum: Baut Wohnungen!

Zollvorläge der Reichsregierung.

Erhöhungen für Kartoffeln und Schweinefleisch. Die in letzter Zeit so vielfach besprochenen Zolländerungen scheinen jetzt in Fluss zu kommen, da die Reichsregierung jetzt ihren Gesetzentwurf über die künftigen Zollbestimmungen dem Reichsrat zugeleitet hat. In der Begründung zu dem Entwurf heißt es u. a.: An den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz kommt

Wissenschaft in Not.

Für Deutschlands Weltgeltung.

Ein Appell an die Reichsregierung.

Führende Männer der deutschen Wissenschaft, der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeit haben an die Reichsregierung zu Händen des Reichskanzlers Dr. Marx ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Mehr denn je bedarf es einer Vertiefung und Erweiterung der wissenschaftlichen, forschenden und kulturellen Grundlagen von Wirtschaft, Volkspflege und Volksgesundheit, die zugleich eine Grundlage unseres Geisteslebens sind. Die steigenden äußeren Belastungen, der scharfe wissenschaftliche und wirtschaftliche Wettbewerb des Auslandes, die erschwerte Geltendmachung unseres Weltinflusses, das harte Ausmaß von Anspannung unserer produktiv schaffenden Kräfte verlangen ein Höchstmaß wissenschaftlicher Arbeit, eine gesteigerte Wirkungsmaßlichkeit der deutschen Forschung, den Ausschluß neuer Methoden, erfolgreiche Wege forschenden Findens und Suchens.

Voraussetzung dafür ist die Bereitstellung ausreichender öffentlicher Mittel. Aus dieser Erkenntnis heraus haben Reichsregierung und Reichstag trag der Forderung unseres Volkes während der letzten Jahre beachtliche Mittel frei gemacht. Damit wurde ein hoffnungsvoller Anfang geschaffen, um in zahlreichen Spezialforschungen auf den Gebieten von Wirtschaft und Gesundheitswesen durch gemeinsame Arbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Volksgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft wie anderer vom Reich geförderter Forschungsinstitutionen zu erzielen, die zusammen mit den wissenschaftlichen Leistungen der deutschen Hochschulen und Akademien der Gegenwart und den Lebensbedingungen des deutschen Volkes entsprechen. Erst der Wiederbeginn dieser Forschungsarbeit hat gezeigt, welche Fülle ungelöster Fragen auf allen Gebieten den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt hemmen. Angesichts der Größe und der Zahl der zu lösenden Aufgaben, die als Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes empfunden werden, sind die ausgearbeiteten Mittel kaum als ausreichend zu bezeichnen, zumal die Länder mit ihren wichtigen und unerlässlichen kulturpolitischen Unterrichts- und Erziehungsaufgaben nur einen Teil der eigentlichen Forschung zu übernehmen in der Lage sind.

Zu unserer größten Sorge scheint es nun, als ob sich Bestrebungen geltend machen, nicht nur auf dem beschränkten Wege Lehenszubehören, sondern sogar die den Forschungszwecken gewidmeten Fonds des Reichsstaats zu kürzen. Die Folgen solcher Maßnahmen würden verhängnisvoll sein. Wenn die für 1927 gewährten Mittel der Volksgemeinschaft im neuen Jahre nicht unverkürzt weiter bewilligt und die unerlässlichen Lebensbedingungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht erfüllt werden, so erfährt die Tätigkeit beider Institutionen eine Lähmung von unübersehbarer Tragweite. Dann müßten Arbeiten ausgegeben werden, die auf dem Gebiete der Physik (drahtloser Weltverkehr, Strahlungsforschung, Erleichterung neuer Raststoffe), der Chemie (Verflüssigung der Kohle, Veredlung der Leicht- und Schwermetalle, Eisenforschung, Kolloidchemie), der Medizin (Krebs, Tuberkulose, Malaria, Säuglingssterblichkeit, Rinderkrankheit, Hirsnforschung), der landwirtschaftlichen Forschung (Saatzgutreinigung, Veredlung der Kartoffel und des Getreides, Stickstoffdüngung, Schädlingsbekämpfung, Hebung der Viehzucht, landwirtschaftliche Ertragssteigerung) und der Technik (Wärmewirtschaft, Kraftmaschinenbau, Erfindungsforschung, Weltluftverkehr) von mehr als 1000 Forschern in Angriff genommen sind und betrieben werden. Von den Schädigungen der Geisteswissenschaften zu schweigen, auf denen nicht minder unser geistiges Leben und unsere Weltgeltung beruht. Im besonderen hängt an den gefährdeten drei Millionen Mark für die Volksgemeinschaft die Arbeit von Hunderten von Forschern, die für die nationale Wissenschaft, die Volksgesundheit und das Volkswohl gleich unentbehrlich ist.

Welche Regierung und welche Reichsstelle kann die Verantwortung übernehmen, durch Sperrung der hierfür erforderlichen Staatsfonds diese Forschungsarbeiten abzurufen? Als Vertreter deutscher Forschung und deutscher Arbeit warnen wir im Bewußtsein härtester Verantwortung vor dieser Gefahr und wenden uns daher mit diesem Aufruf an die Reichsregierung und an das deutsche Volk.

Der Aufruf trägt mehr als 40 Unterschriften aus allen Parteilagern und aus Handel, Wirtschaft und Kunst.

Kontrolle der Offestungen.

In den nächsten Tagen. Auf Grund der in Genf zwischen den Außenministern der beteiligten Mächte getroffenen Vereinbarung wird eine Besichtigung der zerstörten Unterländer an der Ostgrenze stattfinden, zu der militärische Sachverständige der früheren alliierten Mächte zugezogen werden. Die Besichtigung wird im Laufe der nächsten Woche vorgenommen werden. Die fremden militärischen Sachverständigen sind dazu von General von Pawelz eingeladen worden. Die Besichtigungsreise soll etwa zehn Tage in Anspruch nehmen.

Daudet befreit.

Eine Köpenidiade in Paris. Der Führer der französischen Königspartei, Leon Daudet, der erst vor einigen Tagen unter einem Aufgebot von 5000 Polizisten ins Gefängnis gebracht wurde, ist von seinen Freunden durch List aus dem Pariser Santé-Gefängnis befreit worden. Die Tat erinnert an die Geschichte des „Hauptmanns von Köpenick“.

Aber den Hergang der Befreiung werden folgende Einzelheiten berichtet: Am die Mittagszeit wurde bei dem Gefängnisdirektor telephonisch angerufen und ihm mitgeteilt, daß der Innenminister ihn persönlich sprechen wolle; der angebliche Innenminister meldete sich hierauf am Telefon und teilte dem Gefängnisdirektor mit, daß die Regierung die Begnadigung Leon Daudets, seines Mitarbeiters Delest und des Kommunisten Semard beschlossen habe. Der angebliche Minister gab ferner den Auftrag, Daudet sofort aus der Haft zu entlassen, da sonst Straßendemonstrationen zu erwarten seien. Der Gefängnisdirektor, der über diese Mitteilung zwar überrascht war, aber nicht daran zweifelte, mit dem Minister persönlich gesprochen zu haben, wollte sich nochmals über den genauen Wortlaut des Auftrages unterrichten. Er ließ sich also nochmals mit dem Innenminister verbinden, dessen sämtliche Leitungen durch Anhänger Daudets in Anspruch genommen waren. Ein junger Mann war sogar unbeachtet in das Ministerium gegangen und fing das Gespräch mit dem Gefängnisdirektor auf. Als er die Bitte um Befreiung des erhaltenden Auftrages aussprach, antwortete der junge Mann: „Natürlich stimmt der Auftrag. Beist euch, ihn auszuführen!“ Nun lag für den Gefängnisdirektor kein Grund mehr vor, an der Richtigkeit des Auftrages zu zweifeln. Er begab sich sofort zu

Die Forderung höherer Milchzölle.

Eine Kundgebung der südbayerischen Milchbauern.

In einer großen Kundgebung der südbayerischen Milchbauern wurde die gegenwärtige Lage der Milchwirtschaft als geradezu katastrophal bezeichnet und festgestellt, daß die bayerische Milchwirtschaft erleidet sei, wenn nicht in kurzer Zeit eine fühlbare Besserung erzielt werde.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Fehr teilte mit, daß die bayerische Staatsregierung ihren Vertreter im Reichsrat beauftragt habe, über die Zollvorlage hinsichtlich der Erhöhungen der Milchzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse und insbesondere für Milch und damit zusammenhängende Produkte zu beantragen. Wenn Deutschland auch in der Getreideproduktion noch nicht so weit sei, um sich selbständig zu ernähren, so seien wir doch auf milchwirtschaftlichem Gebiete nahezu vollständig vom Auslande unabhängig.